

08.09.2026

Antrag

der Fraktion der FDP

Nordrhein-Westfalen benötigt eine Strategie, um deutsche Auswanderer zurückzugewinnen

I. Ausgangslage

Im Jahr 2025 sind 291.143 Personen nach Nordrhein-Westfalen aus dem Ausland zugezogen und 263.882 Personen haben Nordrhein-Westfalen ins Ausland verlassen. Der Wanderungssaldo beträgt somit 27.261.¹ Jenseits der Saldobetrachtung fällt allerdings auf, dass im Jahr 2025 67.480 und im Jahr 2024 61.676 deutsche Staatsangehörige Nordrhein-Westfalen in Richtung Ausland verlassen haben, während 2024 lediglich 42.205 deutsche Staatsbürger aus dem Ausland nach Nordrhein-Westfalen zurückgekehrt sind. Der Wanderungssaldo deutscher Staatsbürger ist seit über einem Jahrzehnt negativ. Zu den wichtigsten (bekannten) Zielländern einer Auswanderung gehörten die Schweiz, Österreich, Spanien und die USA. Bei einem Großteil der Fortzüge von Deutschen in das Ausland wird aber in der Wanderungsstatistik nur ein unbekanntes Zielgebiet erfasst.²

Die öffentliche Debatte über Migration konzentriert sich seit Jahren nahezu ausschließlich auf die Zuwanderung nach Deutschland. Demgegenüber wird die anhaltend hohe Zahl der Auswanderer und deren Folgen für Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft kaum thematisiert. Dabei stellt die Abwanderung insbesondere junger und gut qualifizierter Menschen eine erhebliche Herausforderung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes dar.

Exemplarisch dafür ist die Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Marcel Hafke der FDP-Fraktion. Darin gibt die Landesregierung an, ihr lägen „keine Informationen“ zu den Gründen für Fortzüge aus Nordrhein-Westfalen ins Ausland sowie zum Bildungs- und Qualifikationsstand deutscher Staatsangehöriger, die Nordrhein-Westfalen in Richtung Ausland verlassen, vor.³ Es erscheint daher dringend erforderlich, dieses

¹ Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen: NRW: Nettozuwanderung aus dem Ausland 2025 auf niedrigstem Stand seit 2010, 13.05.2026, abgerufen unter: <https://www.it.nrw/nrw-nettozuwanderung-aus-dem-ausland-2025-auf-niedrigstem-stand-seit-2010-128379> (letzter Zugriff: 02.09.2026)

² Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 8093 des Abgeordneten Marcel Hafke „Wie bewertet die Landesregierung die steigende Zahl von Fortzügen aus Nordrhein-Westfalen ins Ausland?“, 21.07.2026, Drucksache 18/20604

³ Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 8093 des Abgeordneten Marcel Hafke „Wie bewertet die Landesregierung die steigende Zahl von Fortzügen aus Nordrhein-Westfalen ins Ausland?“, 21.07.2026, Drucksache 18/20604

Informationsdefizit zum Thema Auswanderer zu schließen, damit eine Informationsgrundlage für eine politische Strategie geschaffen wird.

Nordrhein-Westfalen investiert erhebliche öffentliche Mittel in Bildung – von der frühkindlichen Förderung über Schulen bis hin zu Hochschulen und Universitäten. Entscheiden sich gut ausgebildete Menschen dauerhaft für ein Leben und Arbeiten im Ausland, verliert Nordrhein-Westfalen nicht nur Fachkräfte, sondern auch Innovationspotenzial, unternehmerische Initiative, wissenschaftliche Exzellenz und zukünftige Steuerzahler. Studien und Befragungen zeigen, dass deutsche Auswanderer überdurchschnittlich häufig jung und hochqualifiziert sind. Ein großer Teil verfügt über einen Hochschulabschluss oder eine berufliche Qualifikation, die in Deutschland dringend benötigt wird.

Besonders problematisch ist, dass viele Auswanderer ihre Entscheidung nicht ausschließlich aus privaten Gründen (z.B. Partner/Partnerin im Ausland) treffen, sondern vielmehr wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen ausschlaggebend sind. Häufig genannt werden bessere Karrierechancen, höhere Einkommen, geringere Steuer- und Abgabenbelastungen, weniger Bürokratie, attraktivere Bedingungen für Unternehmensgründungen, leistungsfähigere Verwaltungen sowie eine insgesamt höhere Lebensqualität.

Gerade im internationalen Wettbewerb um Talente kann Nordrhein-Westfalen es sich nicht leisten, diese Entwicklung als unvermeidlich hinzunehmen. Während Bund und Länder erhebliche Anstrengungen unternehmen, internationale Fachkräfte zu gewinnen, wird das Potenzial deutscher Staatsangehöriger, die bereits über Sprache, Kulturkenntnisse, anerkannte Qualifikationen und berufliche Netzwerke verfügen, bislang kaum berücksichtigt. Rückkehrende Fachkräfte benötigen regelmäßig keine aufwändigen Integrationsmaßnahmen und können häufig unmittelbar einen Beitrag zum Arbeitsmarkt leisten.

Andere Staaten haben die Bedeutung einer aktiven Rückkehrpolitik bereits erkannt. Italien, Griechenland und Portugal haben vor über einem Jahrzehnt unter anderem steuerliche Anreize für hochqualifizierte Rückkehrer geschaffen. Auch andere europäische Staaten werben gezielt um ihre im Ausland lebenden Fachkräfte und Wissenschaftler. Die Steigerung der Zahl der Rückkehrer ist dabei insbesondere dann gelungen, wenn Staaten Rückkehrpolitik ressortübergreifend umgesetzt haben, statt nur auf Einzelmaßnahmen zu setzen.

Nordrhein-Westfalen benötigt daher eine über mehrere Politikbereiche hinweg greifende Strategie zur Rückgewinnung von Auswanderern. Ziel muss es sein, die Ursachen der Abwanderung systematisch zu analysieren, Rückkehrhemmnisse abzubauen und Nordrhein-Westfalen wieder zu einem attraktiven Standort für Fachkräfte, Wissenschaftler, Gründer und Unternehmer zu machen. Die Wanderungsstatistik zeigt zudem, dass die Entscheidung deutscher Fachkräfte für eine Auswanderung nicht immer eine irreversible Lebensentscheidung darstellt. Im Jahr 2024 sind etwa 42.205 deutsche Staatsbürger aus dem Ausland nach Nordrhein-Westfalen zurückgekehrt.

Vor diesem Hintergrund erscheint es dringend erforderlich, die Beweggründe für eine Rückkehr sowie die anschließenden Erfahrungen besser zu verstehen, um mehr im Ausland lebende Deutsche für ein Leben in Nordrhein-Westfalen zu gewinnen und zugleich politisch die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sie hier wirtschaftlich wie gesellschaftlich wieder Fuß fassen und unserem Land dauerhaft erhalten bleiben. Auch die Rückgewinnung von in Nordrhein-Westfalen ausgebildeten Fachkräften mit ausländischer Staatsbürgerschaft sollte ausdrücklich Teil der Strategie sein.

Eine solche Strategie darf sich nicht auf Marketing beschränken. Sie muss konkrete Verbesserungen der Standortbedingungen umfassen. Dazu gehören unter anderem schnellere Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren, bessere Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen, attraktive Karriereperspektiven in Wissenschaft und Gesundheitswesen, eine moderne digitale Infrastruktur, mehr Wohnraum und eine stärkere Förderung von Wohneigentum. Ebenso sollte Nordrhein-Westfalen den Kontakt zu im Ausland lebenden ehemaligen Studierenden nordrhein-westfälischer Hochschulen sowie zu deutschen Wissenschaftlern und Fachkräften systematisch pflegen und gezielt Rückkehrmöglichkeiten aufzeigen. Statt durch die immer weiter reichende Wegzugsbesteuerung zusätzliche Hürden für unternehmerisches Engagement und private Investitionen bei Abwanderung zu schaffen, sollte vielmehr die Ausgestaltung eines Heimkehrbonus als finanzieller Anreiz für im Ausland lebende Unternehmer und Anteilseigner geprüft werden.

Die Erarbeitung einer ressortübergreifenden Strategie zur Rückgewinnung deutscher Auswanderer soll ausdrücklich keine Alternative zur Gewinnung internationaler Fachkräfte darstellen, sondern eine Ergänzung. Nordrhein-Westfalen benötigt sowohl internationale als auch deutsche Fachkräfte, die aus dem Ausland zurückkehren. Die Verbesserungen der Standortbedingungen in den genannten Bereichen kann somit im internationalen Wettbewerb einen Beitrag dazu leisten, Nordrhein-Westfalen für beide Gruppen attraktiver zu machen.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Die seit Jahren hohe Zahl deutscher Auswanderer aus Nordrhein-Westfalen stellt eine erhebliche wirtschafts-, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitische Herausforderung dar.
- Deutsche Auswanderer sind überdurchschnittlich häufig jung und hochqualifiziert und leisten mit ihrem Wissen, ihrer Arbeitskraft und ihrem Unternehmergeist einen wichtigen Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg ihrer Zielländer.
- Nordrhein-Westfalen hat ein erhebliches Interesse daran, im Ausland lebende deutsche Fachkräfte, Wissenschaftler, Gründer und Unternehmer für eine Rückkehr zu gewinnen.
- Eine erfolgreiche Rückkehrpolitik setzt voraus, dass die Attraktivität Nordrhein-Westfalens als Lebens-, Arbeits-, Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort nachhaltig gestärkt wird.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- eine ressortübergreifende Rückkehrstrategie Nordrhein-Westfalen zu entwickeln, mit dem Ziel, deutsche Auswanderer für eine Rückkehr nach Nordrhein-Westfalen zu gewinnen;
- die Ursachen der Abwanderung aus Nordrhein-Westfalen wissenschaftlich untersuchen zu lassen und regelmäßig einen Bericht über Umfang, Struktur und Motive der Auswanderung sowie der Rückwanderung vorzulegen;
- gemeinsam mit Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Kammern und der Wirtschaft Programme zu entwickeln, um im Ausland tätige Wissenschaftler, Fachkräfte, Gründer und Unternehmer gezielt über Karriere- und Investitionsmöglichkeiten in Nordrhein-Westfalen zu informieren;
- eine zentrale Anlaufstelle für Rückkehrwillige zu schaffen, um diese bei Fragen zu Beruf, Unternehmensgründung, Anerkennung von Qualifikationen, Wohnraum, Kinderbetreuung und Behördenverfahren zu unterstützen;

- bestehende Landesprogramme daraufhin zu überprüfen, wie Nordrhein-Westfalen im internationalen Wettbewerb um Fachkräfte und Unternehmensgründungen attraktiver werden kann;
- sich auf Bundesebene für bessere Rahmenbedingungen einzusetzen, die die Rückkehr deutscher Fachkräfte fördern und unnötige bürokratische oder steuerliche Hemmnisse abbauen; hierzu gehört auch, einer immer weiter reichenden Wegzugsbesteuerung von Unternehmern und Anteilseignern entgegenzutreten, soweit diese die internationale Mobilität und spätere Rückkehr deutscher Staatsangehöriger erschwert;
- sich auf Bundesebene für finanzielle Anreize für Heimkehrer (Heimkehrbonus) einzusetzen;
- sich auf Bundesebene für eine spürbare Senkung der Steuer- und Abgabenbelastung auf Arbeit und unternehmerische Tätigkeit sowie für bessere steuerliche Rahmenbedingungen für Investitionen und privaten Vermögensaufbau einzusetzen sowie
- einen Entfesselungsplan für Nordrhein-Westfalen vorzulegen, der landesrechtlich beeinflussbare Bürokratie- und Genehmigungshürden insbesondere für Fachkräfte, Gründer und Unternehmer abbaut und verbindliche Entlastungsziele sowie Umsetzungsfristen festlegt.

Henning Höne
Marcel Hafke
Alexander Steffen

und Fraktion